

## **Vorlage**

### **der Berichterstatter**

an den Haushalts- und Finanzausschuß



**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)**  
- Drucksache 12/400 -

**Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs über den Einzelplan 02 gemäß § 28 (1) in Verbindung mit Nr. 6 der Anlage 3 zur Geschäftsordnung des Landtags**

<b>Hauptberichterstatterin</b>	Abgeordnete Irmgard Mierbach	SPD
<b>Berichterstatter</b>	Abgeordneter Helmut Diegel	CDU
	Abgeordneter Dr. Manfred Busch	GRÜNE

Das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 02 ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Ergebnisvermerk.

**Ergebnisvermerk über das Berichterstattergespräch zum EP 02 - Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei - am 18. Januar 1996:**

**1. Teilnehmer**

Abgeordnete Irmgard Mierbach	SPD
Abgeordneter Helmut Diegel	CDU
Abgeordneter Dr. Manfred Busch	GRÜNE
MR Dr. Koschik	Finanzministerium
AR Bing	Finanzministerium
MR Feldkötter	Staatskanzlei
RR Lennertz	Landtagsverwaltung

**2. Allgemeines**

Der Vertreter der Staatskanzlei und - in Einzelfällen - die Vertreter des FM beantworteten eine Vielzahl von Einzelfragen zu den verschiedenen Titelanträgen. Soweit dies zu zusätzlichen Informationen über die bereits mit Vorlage 12/300 allen Abgeordneten zur Verfügung gestellten Erläuterungen führte, ist dies nachstehend festgehalten. Ebenso eventuell noch vorhandenes Informationsbedürfnis.

**3. Ergebnisse**

**Kapitel 02.010**

**Titel 529 10 "Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für allgemeine Zwecke"**

Einem Haushaltsvermerk entsprechend unterliegt "die Verwendung der Mittel der Prüfung gemäß § 9 LRHG". Dieser Haushaltsvermerk ist bei gleichen Titeln in allen Einzelplänen ausgebracht.

Die Verfügungsmittel von Kabinettsmitgliedern unterliegen damit der Prüfung durch die Präsidentin bzw. den Präsidenten des Landesrechnungshofs.

**Titel 529 21 "Zur Verfügung des Chefs der Staatskanzlei"**

Der entsprechende Haushaltsvermerk kann gestrichen werden. Da der Chef der Staatskanzlei kein Kabinettsmitglied mehr ist wie sein Vorgänger, unterliegen seine Verfügungsmittel der allgemeinen Rechnungsprüfung.

**Titel 529 40 "Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für Aufgaben auf kulturellem Gebiet"**

Aus diesen Mitteln stellt der Ministerpräsidenten in Einzelfällen in der Regel bis zu 10 000 DM zur Verfügung.

**Titel 531 10 "Für Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes (Öffentlichkeitsarbeit)"**

Nach den Erläuterungen im Haushaltsplanentwurf und den zusätzlichen Erläuterungen in Vorlage 12/300 ist die Ansatzserhöhung insbesondere durch Preissteigerungen in Bereichen bedingt, die in der Höhe nicht mehr zu beeinflussen sind. Die hohe Ist-Ausgabe 1994 war durch eine europaweite Anzeigekampagne anlässlich des EU-Gipfels in Essen bedingt. Ausgaben für mitreisende Journalisten werden "in zu vernachlässigendem Umfang" aus diesem Titel gezahlt.

**Titel 712 00 "Grundinstandsetzung des Landeshauses"**

Veranschlagt sind Mittel für die nutzerneutrale Grundinstandsetzung des Landeshauses (Horionplatz 1). Nach den derzeitigen Planungen erfolgen die notwendigen Baumaßnahmen und die Belegung durch die Staatskanzlei sukzessive.

Die Gesamtkonzeption zur Planung des Regierungsviertels wurde vom Finanzminister im Hauptausschuß am 26.10.1995 vorgetragen (Ausschußprotokoll 12/72).

**Kapitel 02 020**

**Titel 542 00 "Ausgleichsabgabe nach § 11 Schwerbehindertengesetz"**

Für jeden unbesetzten Pflichtplatz ist monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Im Einzelplan 02 ist lediglich eine Buchungsstelle eingerichtet. Die Ist-Ausgabe 1994 ist im Einzelplan 20 ausgewiesen.

Die Staatskanzlei teilt die Zahl der schwerbehinderten Beschäftigten noch mit.

**Titel 684 20 "Zuschüsse an die Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen"**

Die ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung schafft für die Landesregierung die Möglichkeit, im Vorgriff auf die durch Haushaltsgesetz festgestellten Zuwendungen den Gesellschaften für Aktivitäten im ersten Quartal entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

**Titel 972 00 "Globale Minderausgabe"**

Die Staatskanzlei hat im Haushalt '96 eine Globale Minderausgabe von 1,684 Mio DM zu erbringen. Eine titelscharfe Ausbringung der Minderausgabe ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich.

**Titelgruppe 71 "Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern" und**

**Titelgruppe 72 "Internationale Zusammenarbeit"**

- a) Die in den beiden Titelgruppen in Ansatz gebrachten Mittel sind nach Auskunft der Staatskanzlei nur teilweise gebunden. Soweit Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht sind, handelt es sich in aller Regel um

sogenannte technische VE's.

Im Rahmen der vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung gemäß Artikel 82 der Landesverfassung läßt der Finanzminister auch bei Zuwendungen Vorleistungen in eingeschränktem Umfang zu.

- b) Das Reintegrationsprogramm Makedonien soll fortgeführt werden. Über die Entwicklung des 1995 neu konzipierten wirtschaftlichen und sozialen Umfeldprogramms und weitere flankierende Maßnahmen berichtete der Chef der Staatskanzlei in der Sitzung des Hauptausschusses am 18.01.1996.
- c) Die Staatskanzlei hat zu den Titelgruppen 71, 72 und 76 eine Liste der Auslandsprojekte mit einer Aufstellung über die Förderungsmittel vorgelegt (Vorlage 12/348).

#### **Titel 686 72**

Aus den Mitteln sollen nach den Erläuterungen im Haushaltsplanentwurf Modellvorhaben im Rahmen der Migrationspolitik gefördert werden. Die Staatskanzlei wird eine schriftliche Darstellung hierzu nachreichen.

#### **Titelgruppe 76 "Maßnahmen der Landesregierung zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen"**

Die Staatskanzlei wird eine Auflistung der Ist-Ausgaben 1994 bei Titel 547 76 nachreichen.

#### **Kapitel 02 060 "Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen"**

Im Rahmen der organisatorischen Veränderungen innerhalb der obersten Landesbehörden sind die Aufgabengebiete des Instituts Arbeit und Technik (IAT), Kulturwissenschaftliches Institut (KWI) und Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen (Wuppertal-Institut) in den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten übergegangen. Die Institute haben unterschiedliche Aufgaben, fördern gemeinschaftliche Projekte unter wechselseitiger Federführung, arbeiten daneben aber schwerpunktmäßig in Forschungsbereichen, selbständig und in eigener wissenschaftlicher Verantwortung.

Nach dem Gesellschaftsvertrag für das Wuppertal-Institut ist das Land Nordrhein-Westfalen einziger Gesellschafter.

Die Landesregierung wurde gebeten, über die bisherige und neue Zusammensetzung der verschiedenen Gremien und Kollegialorgane der GmbH und deren Aufgaben schriftlich zu informieren und die Organigramme der übrigen Institute den Berichterstattern nachzureichen.

#### **Kapitel 02 061 "Kulturwissenschaftliches Institut"**

#### **Titel 124 10 "Mieten und Pachten"**

Für die Einnahme aus Vermietung von 5 Apartments und einer Wohnung sind 25 000 DM angesetzt. Die Berichterstatter erwarten eine schriftliche Auf-

schlüsselung zu den in Ansatz gebrachten Einnahmen. Hieraus sollte sich ergeben, von welchen Kriterien für die Berechnung der Miete ausgegangen wird.

**Titel 282 11 "Beiträge Dritter"**

Die Berichterstatter erwarten hierzu zusätzliche Erläuterungen, insbesondere über die Differenz zwischen Ist-Ausgaben 1994 und neuem Ansatz 1996.

**Titel 422 10**

Nach der Übersicht in Vorlage 12/300 waren zum 10.11.1995 von 10 Planstellen insgesamt 6 mit planmäßigen Beamtinnen und Beamten der eigenen Verwaltung besetzt. Die Berichterstatter erwarten hierzu eine Mitteilung über die aktuelle Ist-Besetzung.

**Kapitel 02.062**

**Titel 124 10 "Mieten und Pachten"**

Zu der Erwirtschaftung von Einnahmen erwarten die Berichterstatter zusätzliche Erläuterungen.

**Titel 425 10 "Bezüge der Angestellten"**

Der Ansatz 1996 wird gegenüber dem Vorjahr um 313 800 DM auf 3,26 Mio DM vermindert. Die Berichterstatter erbaten zusätzliche Erläuterungen im Hinblick auf die unveränderte Stellenzahl, die vorgesehene Höhergruppierung und eine zu erwartende Tariferhöhung.

Irmgard Mierbach

Helmut Diegel

Dr. Manfred Busch